



One Nation Labour

STEWART WOOD
Dezember 2013

- Die Labour Party strebt unter Ed Miliband eine ähnlich tiefe Transformation der Gesellschaft an, wie sie 1979 Margaret Thatcher – zum Schaden des Landes und seiner Menschen – vollzogen hat. Im Zentrum des »One nation«-Ansatzes von Labour steht die Suche nach einer neuen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ordnung. Diese soll sich an den folgenden fünf Grundprinzipien orientieren.
- Eine Modernisierung der britischen Volkswirtschaft durch die Fokussierung auf hochproduktive Arbeit mit guten Löhnen und fairen Arbeitsbeziehungen. Dies schließt Politiken zur Stärkung der wichtigen und wettbewerbsfähigen britischen Industriesektoren mit ein.
- Die Bekämpfung des sozialen Auseinanderdriftens der Gesellschaft durch eine Veränderung des Verteilungsschlüssels zwischen Löhnen und Profiteinkommen zugunsten der Arbeitnehmer. Sozialstaatliche Umverteilung im klassischen Sinne soll hier ergänzend wirken.
- Eine konsequente Durchsetzung des Prinzips der Verantwortung für die Gesellschaft, in dem gerade auch die ökonomisch besser Gestellten und die Unternehmen in die Pflicht für das Gemeinwohl genommen werden sollen.
- Die Förderung und den Schutz von Gemeinschaften durch die Stärkung lokaler Initiativen und Selbstverwaltung, gesellschaftlicher Selbstorganisation und intermediärer Strukturen.
- Die langfristige Etablierung einer neuen Ethik der gesellschaftlichen Verantwortung, basierend auf den Prinzipien von Solidarität und Reziprozität.



Inhalt

Einleitung	2
1. Eine Neuordnung der Wirtschaft	2
2. Kampf gegen Ungleichheit	3
3. Gesellschaftliche Verantwortung	4
4. Schutz der Gemeinschaften und des Gemeinschaftlichen	5
5. Für eine neue Ethik	5

Einleitung¹

Als die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher im Frühling 2013 starb, entbrannte eine lebendige Debatte über das politische Erbe der »Iron Lady«. Nur in einem waren sich ihre Bewunderer und Feinde einig: In der Thatcher-Ära verlangte Politik nach Aufmerksamkeit. Man konnte sich ihr nicht entziehen und war gezwungen, die eigenen Werte zu überprüfen. Thatcher glaubte daran, dass ein auf Ideen basierendes politisches Projekt die Gesellschaft transformieren könne: Politik bedeutete nicht nur, den Status quo zu verwalten, Politisches Handeln konnte das Land grundlegend verändern.

Thatcher hatte erkannt, dass die bestehende politische Ordnung ermattet war. Das britische Modell des Regierens hatte sich, seitdem die Konservativen mit dem sozialstaatlichen Vermächtnis der Regierung Clement Attlees ihren Frieden geschlossen hatten, auf einen breiten Konsens gestützt. Anstelle von Konsens verlangte Thatcher nun den Glauben an eine Philosophie: an einen ökonomischen Liberalismus kombiniert mit philosophischem Individualismus. Einige teilten diesen Glauben – der unserem Land am Ende erheblich geschadet hat –, aber viele Briten begegneten ihm mit inniger Ablehnung.

Die Gegenwart ähnelt den späten 1970er Jahren in einem wichtigen Punkt. Auch unsere Zeit verlangt zu erkennen, dass die alte Ordnung erschöpft ist – in diesem Fall die von der Regierung Thatcher geschaffene Ordnung. Und sie verlangt nach Politikern, die mutig genug sind, für einen umfassenden Wandel zu streiten.

Der »One Nation Labour«-Ansatz, der unter Führung Ed Milibands entwickelt worden ist, gibt Antworten auf diese Herausforderung.² Er fordert eine neue Art und Weise, unser politisches und ökonomisches Leben zu organisieren. Ziel ist es, das notwendige Maß an Solidarität hervorzubringen, das Großbritannien braucht, um die harten Zeiten zu überstehen, mit denen wir aktuell konfrontiert sind (und in den kommenden Jahren auch

konfrontiert bleiben werden). Außerdem geht es darum, eine neue Form des Wirtschaftens aufzubauen, die langfristig sowohl mehr Wohlstand als auch mehr Sicherheit schafft. Aber das Konzept von »One Nation Labour« bezieht sich nicht nur auf die Errichtung einer anderen Ökonomie, sondern auch auf eine neue, unserem Zusammenleben zugrundeliegende Ethik.

Der Ausgangspunkt des »One Nation«-Ansatzes ist die Ablehnung der Spaltung des Landes. Ein Land, in dem die Interessen von Wenigen die Interessen der Mehrheit dominieren, ist ökonomisch weniger erfolgreich, sozial weniger geschlossen und weniger selbstbewusst als es sein könnte und sein sollte. Demgegenüber versucht »One Nation« ein Land zu schaffen, dessen Produktivität, Wohlstand und gemeinschaftliches Leben auf den Vielen, nicht den Wenigen basiert. Es ist eine patriotische und progressive Idee – der Glaube daran, dass unser Land dann am besten ist, wenn es Spaltung, Teilung und Exklusion bekämpft.

1. Eine Neuordnung der Wirtschaft

Aus meiner Sicht gründet die Agenda einer »One Nation Labour Party« auf fünf Kerngedanken.

Der erste Punkt ist der Versuch, eine andere Form von Ökonomie zu schaffen. Wir müssen einen neuen Weg finden, um zu wachsen und konkurrenzfähig und erfolgreich zu sein. Dieser Weg erfordert das, was ich an anderer Stelle eine »Angebotsrevolution von links« genannt habe.

Warum ist das so? Zunächst einmal war Thatchers Fundamentalismus des freien Marktes – das heroische Vertrauen in maximal liberalisierte Märkte, Deregulierung, niedrige Steuern für die Wohlhabenden und eine Trickle-down-Ökonomie – nicht nur in Bezug auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit ein Problem, sondern auch deshalb, weil er schlicht nicht funktionierte. Zwar waren viele der Maßnahmen, die die Thatcher-Regierungen in die Tat umsetzten, notwendige Korrekture vorheriger Entwicklungen. Dies gilt etwa für das Problem der träge gewordenen staatlichen Industrien oder für gewisse Aspekte der Arbeitsgesetzgebung. Aber die Prinzipien und Regeln, die in der Wirtschaftspolitik verankert wurden, trugen nicht die Früchte, die ihre Verfechter versprochen hatten. Wie Stewart Lansley gezeigt hat,

1. Dieser Text ist im englischen Original unter dem Titel »Explaining One Nation Labour« im *Political Quarterly*, Volume 84, Issue 3: 313–432.

2. Der Begriff »One Nation« Labour orientiert sich am Konzept des »one nation conservatism«, das ursprünglich auf den konservativen Premier Benjamin Disraeli (1804–1881) zurückgeht. Der Begriff wird üblicherweise zur Qualifizierung der Konservativen Partei in der Nachkriegszeit verwendet, in der die Tories die Reformen der Attlee-Regierung – wie die Schaffung des staatlichen Gesundheitssystems NHS und die teilweise Verstaatlichung von in Schieflage geratenen Unternehmen der britischen Industrie – übernahmen und ausbauten.

brachte die Periode von 1945 bis 1979 in allen relevanten Indikatoren – Wachstum, Produktivität, Arbeitslosigkeit und Volatilität – bessere Ergebnisse hervor als die Periode von 1979 bis heute.³

Aber vom Scheitern dieser alten Ordnung einmal abgesehen, gibt es noch einen Grund, der eine neue Politik erforderlich macht: Großbritannien muss ein anderes Modell finden, um in der Welt von morgen seine ökonomische Existenz zu sichern. Premierminister David Cameron und Schatzkanzler George Osborne gefallen sich darin, die Rhetorik von »There is no alternative« (TINA) wieder aufleben zu lassen. Damit versuchen sie, ihr Bekenntnis zu einer Austeritätspolitik in Zeiten der Rezession zu rechtfertigen. Angesichts des außerordentlich schnellen Aufstiegs von China, Indien, Brasilien und vielen südostasiatischen und afrikanischen Staaten in der globalen Ökonomie können wir mit einem deregulatorischen Race-to-the-bottom-Ansatz niemals erfolgreich sein. Im Gegenteil, Großbritannien kann sich im globalen Wettbewerb nur durch höhere berufliche Qualifikationen, steigende Produktivität und höhere Löhne behaupten.

Wenn die Produktivität erhöht werden soll, ist ein neuer Ansatz in Bezug auf die Schaffung heimischen Wohlstands vonnöten. Die unsinnige Trickle-down-Theorie muss ein für alle Mal überwunden werden, ebenso wie die damit einhergehende falsche Vorstellung, diejenigen mit den größten Vermögen seien die wahren Motoren des Wohlstands. In Wirklichkeit wird unser Wohlstand von jedem Einzelnen generiert, der in der Wirtschaft arbeitet, und nicht nur von denen, die den größten Teil des Kuchens an sich reißen.

Eine Wirtschaft zu schaffen, die von der Mehrheit getragen wird, setzt Veränderungen voraus. An dieser Stelle kommt die angebotsseitige Revolution ins Spiel: Gemeinsam mit den Arbeitgebern müssen wir ein ordentliches System der Berufsausbildung in Großbritannien aufbauen. Und wir müssen die führenden britischen Industriesektoren – von der Pharmaindustrie über moderne Fertigungstechniken und die Kreativindustrien bis zu Unternehmensdienstleistungen – in ihrem Bemühen unterstützen, konkurrenzfähiger zu werden, indem sie ihre Mitarbeiter besser qualifizieren und entsprechend

höhere Löhne zahlen. Zudem ist es dringend notwendig, das Bankensystem so zu reformieren, dass es seine Kernaufgabe, die Bereitstellung von überschüssigem Kapital für Investitionen, erfüllt. Hierfür müssen unproduktive und ökonomisch destabilisierende Spekulationsgeschäfte unrentabel gemacht und der Wettbewerb im Bankensektor erhöht werden.

Kurzum, es geht darum, in der aktuellen Sanduhr-Ökonomie die Mitte zu stärken. Die nüchterne Erkenntnis ist: Wenn Großbritannien in der globalisierten Wirtschaft mithalten will, brauchen wir einen radikal neuen Ansatz.

2. Kampf gegen Ungleichheit

An diesem Punkt knüpft ein zweites Element von »One Nation Labour« an: Die Entschlossenheit, das Problem der Ungleichheit entschieden in Angriff zu nehmen. In den 1980er und 1990er Jahren wurde den Briten angesichts der wachsenden Ungleichheit gesagt, nicht so empfindlich zu sein. Und im linken politischen Lager neigte man dazu zu glauben, Maßnahmen gegen Ungleichheit könnten das eigene Engagement für die Unternehmen und das Bemühen um eine florierende Marktwirtschaft infrage stellen. In Wirklichkeit ist die wachsende Ungleichheit das Symptom eines grundlegenden Versagens der Wirtschaft nach 1979. Das Trickle-down-Prinzip funktionierte nicht. Im Jahr 1979 erzielte das obere 1 Prozent weniger als 6 Prozent des britischen Privateinkommens; 2005 waren es mehr als 14 Prozent. Und von 1980 bis 2010 wanderten 22 Prozent jedes zusätzlichen Pfunds, das im Vereinigten Königreich verdient wurde, in die Taschen des oberen 1 Prozents der Bevölkerung.⁴ Dieses Ausmaß wachsender Ungleichheit traf den Kern der Legitimität der britischen Ordnung nach 1979. Ihr hatte die Vorstellung zugrunde gelegen, eine »Entfesselung« der oberen Einkommen käme nicht nur wenigen, sondern letztendlich allen zugute. Doch das war nicht der Fall.

Die wachsende Ungleichheit offenbarte, dass die britische Gesellschaft nach 1979 unter einer Lohnkrise litt. In den 30 Jahren nach 1979 verbuchte das Zehntel der Haushalte, das in der Mitte der Einkommenspyramide liegt, rund 6 Prozent des gesamten Einkommenswachstums in Großbritannien. Die obersten zehn Prozent strichen

3. Vgl. S. Lansley, »Why economic inequality leads to collapse«, *The Observer*, 5 September 2012: <http://www.guardian.co.uk/business/2012/feb/05/inequality-leads-to-economic-collapse>.

4. Ed Miliband, »The cost of living crisis facing Britain«, Rede vor der Resolution Foundation, 28 Februar 2011, <http://www.labour.org.uk/the-cost-of-living-crisis-facing-britain—edmiliband>.

dagegen rund 38 Prozent des Einkommenszuwachses ein. Die Lohnquote, also der Anteil des britischen Bruttoinlandsprodukts, der sich auf Löhne verteilt und nicht auf Profite, ist in den vergangenen vierzig Jahren um 10 Prozent gefallen.⁵ Die Konsequenzen für den unmittelbaren Lebensstandard der Briten waren schlimm genug, aber die schädlichen Wirkungen haben sich viel weiter in die Volkswirtschaft hinein ausgewirkt. Familien mit mittleren und geringeren Gehältern reagierten auf die magere Einkommen, indem sie mehr Schulden machten. Die Regierung war immer stärker gezwungen, niedrige Einkommensgruppen zu unterstützen, um das Versagen des Arbeitsmarktes zu kompensieren. Wie Tim Lankester und andere dargelegt haben, erhöhte die Kombination aus einer Vermögensblase am oberen Ende der Einkommensskala und einer Überschuldung im mittleren Bereich die Fragilität der Finanzmärkte im Vorfeld des Crashes 2008 deutlich.⁶

Aus all diesen Fehlern müssen wir lernen. Beim Kampf gegen Ungleichheit geht es um die Stabilität und die Gesundheit unserer Wirtschaft genauso wie um soziale Gerechtigkeit. Aber mit welchen Mitteln kann die Ungleichheit bekämpft werden? Natürlich wird klassische Umverteilung ein zentraler Bestandteil des Waffenarsenals einer progressiven Regierung bleiben. Aber wenn die krasse und wachsende Ungleichheit allein mittels der Steuer- und Ausgabenpolitik der Regierung korrigiert werden soll, wird den Steuerzahlern eine zu große Bürde auferlegt. Der »One Nation«-Ansatz versucht, die Regeln von Märkten in einer Weise zu ändern, dass eine gleichmäßigere Verteilung von ökonomischer Macht und Entlohnung erzielt wird – schon *bevor* der Staat anfängt, Steuern einzunehmen oder Transferleistungen zu zahlen. Das Ziel ist eine Wirtschaft, in der mehr Gerechtigkeit gleichsam eingebaut ist, und nicht erst von außen aufgepfropft werden muss.

Das wird nicht einfach, und es wird Zeit brauchen. Aber dieses Ziel ist der Grund, warum wir Maßnahmen im Auge haben, die einerseits Anreize für eine existenzsichernde Entlohnung schaffen, und andererseits die Unternehmen in die Lage versetzen, strengere Lohn- und Boni-Beschränkungen am oberen Ende einzuführen. Es

ist der Grund, weshalb wir eine Revolution der Fachausbildung in den britischen Schulen anstreben, damit alternative Wege zu einem höheren Einkommenspotenzial entstehen, auch außerhalb akademischer Ausbildungspfade. Und es ist der Grund, warum wir uns zu einer »Villensteuer« entschlossen haben, mit der Steuererleichterungen für die niedrigeren Einkommen finanziert werden können.

3. Gesellschaftliche Verantwortung

Ein dritter zentraler Gedanke von »One Nation Labour« ist die Betonung des Prinzips der Verantwortung. Gewiss, Verantwortung findet jeder wichtig. Aber wenn Politiker des rechten politischen Lagers über mehr Verantwortung reden, dann stets als Aufforderung an eine bestimmte Personengruppe, nämlich an diejenigen, die von staatlicher Unterstützung abhängen. Während also die Tories die Schwachen in der Gesellschaft belasten wollen, geht es beim »One Nation«-Ansatz darum, die Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger einzufordern.

Seit der Thatcher-Ära betrachten die Tories Verantwortung als eine Beziehung zwischen Menschen, bei der Transferleistungen im Mittelpunkt stehen. Hingegen versteht »One Nation« den Begriff Verantwortung in einer substanzielleren und anspruchsvolleren Weise. Es handelt sich um eine Ethik, die Menschen zusammenbringt – ungeachtet aller Unterschiede in Bezug auf Alter, Einkommen, ethnischen Hintergrund oder Wohnort. Das Prinzip der Gegenseitigkeit und der wechselseitigen Verpflichtungen aller sollen Großbritannien auszeichnen. Klar ist: Die kleine Minderheit, die unser Wohlfahrtssystem missbraucht, darf nicht toleriert werden. Aber zu seiner Verantwortung zu stehen bedeutet auch, dass diejenigen, die mehr haben, in harten Zeiten auch einen größeren Teil der Last tragen. Sie sind den übrigen Gesellschaftsmitgliedern gegenüber Rechenschaft schuldig, wenn ihre Handlungen einen derartig großen Effekt auf das Allgemeinwohl haben.

Darüber hinaus sollte der Verantwortungsbegriff auch im Zentrum des sozialen Sicherungssystems stehen. Vor diesem Hintergrund haben Labour-Politiker wie Ed Miliband, Jon Cruddas, Liam Byrne und andere über Möglichkeiten debattiert, wie wir das Beitragsprinzip stärken können. Unser Sozialsystem basierte immer auf einer Mischung aus bedürftigkeitsorientierten, beitragsbasierten und

5. S. Lansley, »Unfair to middling: How Middle Income Britain's shrinking wages fuelled the crash and threaten recovery«, *Touchstone Extras*, 2009, <http://www.tuc.org.uk/extras/unfairtomiddling.pdf>.

6. T. Lankester, »The banking crisis and inequality«, *World Economics*, vol. 10, no. 1, Jan–March 2009, S. 151–156.

universalen Prinzipien, und das wird auch so bleiben. Jedoch hat die Bedeutung des Beitragselements seit der Regierung Attlee abgenommen. Dieses Element wieder zu stärken, ist ebenso gerecht wie politisch vernünftig. Die Legitimität wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung wird gestärkt werden, wenn wir (durch kreative Lösungen) den Konnex stärken können zwischen dem, was Menschen im Laufe ihres Berufslebens in die Sozialsysteme eingezahlt haben, und dem, was sie aus ihnen in Zeiten der Not erhalten.

4. Schutz der Gemeinschaften und des Gemeinschaftlichen

Die vierte zentrale Idee von »One Nation« wird häufig mit den Traditionen von »Blue Labour« assoziiert, über die Maurice Glasman und andere geschrieben haben: der Schutz von Elementen des gemeinschaftlichen Lebens. Dies umfasst verschiedene Aspekte. Auf der einen Seite geht es darum, Menschen verschiedener Klassen, ethnischer Gruppen und über andere Spaltungslinien hinweg zusammenzubringen. Als es 2011 zu den Krawallen in Tottenham kam, war ich, wie viele andere auch, sprachlos darüber, dass Menschen, die nur wenige hundert Meter voneinander entfernt wohnten, vollkommen getrennte Leben haben konnten – dass sie Nachbarn waren, aber in parallelen Welten lebten. Wir müssen darüber nachdenken, wie der »One Nation«-Ansatz darauf reagieren kann, und welche sinnvollen Herangehensweisen an öffentliche Räume, Schulen, Künste, Kultur und andere Bereiche des öffentlichen Lebens existieren, um diese Probleme anzugehen.

Das gemeinschaftliche Leben zu schützen, bedeutet auch, sich in Bescheidenheit zu üben und zu fragen, was die Bürger wertschätzen und wie wir das bewahren können, anstatt ihnen vorzuschreiben, was sie wichtig finden sollen. Wir müssen Wege finden, den lokalen Gemeinschaften mehr Rechte zu geben, über ihr Lebensumfeld und ihre Lebensweise zu bestimmen.

Das Bekenntnis zum Schutz des gemeinschaftlichen Lebens stellt für die Labour Party eine Herausforderung dar – nicht nur, weil dies traditionell als konservativer Gedanke gilt, sondern weil wir bereit sein müssen, Vielfalt in dem zu tolerieren, was Menschen wollen und schätzen.

5. Für eine neue Ethik

Der fünfte und letzte Kernpunkt von »One Nation« ist ein Angriff auf die Ethik der nach 1979 entstandenen Ordnung. In gewisser Weise ist dies der nebulöseste, zugleich aber auch der anspruchsvollste Teil des Konzepts. Von Margaret Thatcher stammt der berühmte Ausspruch: »Die Wirtschaft ist die Methode. Das Ziel ist es, die Seele zu verändern.« Die Mechanismen der Wirtschaft fußen nicht nur auf formell festgelegten Regeln, sondern auch auf ethischen Vorstellungen und Normen, die in der Gesellschaft herrschen. »One Nation« ist auch ein Kampf für einen neuen gesellschaftlichen Konsens in Bezug auf eine Reihe neuer Normen und ethischer Vorstellungen, die unserer politischen Ökonomie zugrunde liegen sollten.

Der »One Nation«-Ansatz erkennt also an, wie wichtig individuelle Freiheit ist, aber er lehnt den Gedanken ab, dass durch eine unsichtbare Hand die Interessen aller zum Tragen kommen, wenn jeder individualistisch handelt. Ein »One Nation«-Ansatz ist keineswegs naiv oder utopisch, wenn es um schwierige Entscheidungen oder Meinungsverschiedenheiten geht. Aber er lehnt eine Politik ab, die Menschen gegeneinander ausspielt – arm gegen reich, Stadt gegen Land, alt gegen jung. Die Verfechter von »One Nation« lehnen den Gedanken ab, dass nur diejenigen sich verantwortungsvoll zu verhalten haben, die von Sozialhilfe leben; stattdessen fordern sie das Prinzip wechselseitiger Verpflichtungen in der gesamten Gesellschaft ein. Und schließlich lehnen sie die Vorstellung ab, dass die Ethik, nach der unsere Gesellschaft funktioniert, meilenweit entfernt sein sollte von der Ethik, die unsere Wirtschaft leitet.

Diese fünf Kerngedanken liegen aus meiner Sicht dem »One Nation«-Ansatz zugrunde. Das Ziel dieses Ansatzes ist radikal: Großbritannien zu verändern und zu einigen. Zugleich stellt dieser Ansatz die Labour Party vor Herausforderungen, weil er die Partei zwingt, entlang neuer Pfade zu denken, mit denen sie in der Vergangenheit womöglich nicht vertraut war.

Die offensichtlichste Herausforderung betrifft die Staatsausgaben. Natürlich wird eine Labour-Regierung weiterhin auf eine Besteuerung und Staatsausgaben setzen, um ihre Ziele zu erreichen. Aber die Partei wird in harten Zeiten regieren. Und mehr noch: Eine neue Ordnung – besonders eine Wirtschaft, die von der Mitte ausgehend



wächst – wird nicht durch immer höhere Ausgaben zu erreichen sein, sondern indem die Regeln neu geschrieben werden. Das ist ein sehr wichtiges progressives Ziel, mit dem sozialdemokratische Parteien in Westeuropa vertrauter sind als die britische Labour Party.

»One Nation« ist auch deshalb eine Herausforderung, weil der Ansatz uns zum Nachdenken darüber zwingt, wie wir neue Institutionen aufbauen können, etwa in Bezug auf das Ausbildungssystem, das Bankwesen, den Arbeitsplatz oder die Stärkung der lokalen Demokratie, aber auch in Bezug auf die Labour Party selbst. Neue intermediäre Institutionen zwischen dem Markt und dem Zentralstaat zu schaffen, ist weder eine einfache noch eine vertraute Aufgabe. Dennoch hängt vom Gelingen dieses Prozesses ab, ob wir unsere Ziele erreichen können.

Letztlich ist das Konzept auch deshalb eine Herausforderung, weil das Vertrauen in die Politik wiederhergestellt

werden muss, um eine »geeinte Nation« aufbauen zu können. Ed Miliband erklärte kürzlich, dass es bei seinen Reisen durch das Land nicht die Angriffe auf die Labour Party seien, die ihn am meisten beunruhigen. Viel besorgniserregender seien die weit verbreitete Politikverdrossenheit und der Glaube, dass »die Politiker alle gleich sind« und »niemand wirklich etwas ändern kann«. Diese Geisteshaltung stellt für die progressiven Kräfte der linken Mitte eine sehr viel größere Gefahr dar als für die Konservativen im rechten politischen Lager. Konservative profitieren von Pessimismus in Bezug auf die Möglichkeiten von Veränderungen; der linken Mitte wird dadurch der Sauerstoff zum Atmen entzogen. Aus diesem Grund besteht der Ausgangspunkt und die unverzichtbare Erfolgsbedingung für »One Nation« darin zu zeigen, dass Wandel möglich ist – und in einem unablässigen Optimismus, dass Politik das Leben der Menschen zum Besseren verändern kann.



Über den Autor

Stewart Wood (Baron Wood of Anfield) ist seit 2011 Labour Peer im House of Lords und Mitglied des Schattenkabinetts der Labour Party. Er gilt als einer der engsten Berater Ed Milibands.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Ernst Hillebrand, Ernst.Hillebrand@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-735-9